

Der Stadtratsbeschluss vom 25. Juni 07 zur Landesgartenschau

Am 25. Juni 2007 beschloss der Stadtrat von Deggendorf gegen die Stimmen der sechs Stadträte der Freien Wähler Folgendes (wörtliche Zitate aus der Niederschrift zu dieser Stadtratssitzung werden ***kursiv*** wiedergegeben; Fettdruck u. Unterstreichung durch FW):

*„Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage der Bewerbung der Stadt Deggendorf, die Landesgartenschau 2014 durchzuführen. Hierbei sollen die mit Schreiben vom 18.4.2007 der Gesellschaft zur Förderung der Bayerischen Landesgartenschauen mbH eingeforderten Voraussetzungen für die Durchführung einer Gartenschau **mit Nachdruck umgesetzt werden:***

- 1. Der Bau einer Fuß- und Radverbindung über die Donau*
- 2. Die Auslagerung der Gebäude, die im Deichvorland liegen*
- 3. Die Verlegung der Tennishalle im Bereich der Alten Festwiese*

*Die für die Stadt Deggendorf letztendlich verbleibende Kostenbelastung aus dem Investitions- und Durchführungshaushalt **soll eine Obergrenze vom 15 Mio € nicht übersteigen.** Die endgültige Entscheidung fällt nach dem Realisierungswettbewerb.“*

So sehr die Freien Wähler es begrüßten, dass die Landesgartenschau 2014 in Deggendorf stattfindet, so wenig waren sie bereit, **ohne eine genauere Zusammenstellung der zu erwartenden Kosten eine pauschale Zustimmung zu geben.** K.-A. Pfestorf wies in dieser Sitzung ausdrücklich darauf hin, dass sogar der Kämmerer der Stadt vor einer unkalkulierbaren Kostenexplosion warnte und die Stadt sich wegen der Landesgartenschau völlig verschulden könne. Dr. Meiski bemängelte, warum man in dem zweimonatigen Zeitraum zwischen dem 18.4.07 (= Schreiben der Fördergesellschaft) und der Stadtratssitzung vom 25.06. nicht Erkundigungen eingezogen habe, welche Fördermittel zu erwarten seien. Schließlich versuchte K.-A. Pfestorf zu erreichen, die endgültige Entscheidung des Stadtrats zur Übernahme der noch völlig unklaren Kosten für die Landesgartenschau so lange zu verschieben, bis ein Ergebnis des Realisierungswettbewerbs vorliege. Ansonsten könnte sich die Stadt so stark verschulden, dass für andere wichtige Projekte keinerlei Geld mehr vorhanden sei.

Diesen Antrag aus den Reihen der FW lehnte die Mehrheit des Stadtrats ab.

Hingegen beschloss der Stadtrat mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der FW, alle Forderungen der Fördergesellschaft (s. oben Punkte 1-3) zu erfüllen.

Nach dieser Sitzung sind wohl dann auf Grund der Warnungen der FW doch Bedenken aufgekommen, so dass die Stadt in Nachverhandlungen bei der Fördergesellschaft erreichen konnte, dass die Beseitigung der Gebäude und der Tennishalte **entsprechend den finanziellen Möglichkeiten** der Stadt erfolgen werde.